

21 Forderungen zur #btw21

Armut abschaffen!

1. Hartz IV überwinden.

Wir fordern eine menschenwürdige Grundsicherung mit höheren Regelsätzen von mindestens 644 Euro und die Abschaffung von Sanktionen.

2. Prekäre Arbeit beenden.

Wir fordern einen Mindestlohn von mindestens 13 Euro, die Abschaffung sachgrundloser Befristung und die Einschränkung der Zeitarbeit.

3. Eine Arbeitslosenversicherung, die schützt.

Wir fordern ein Mindestarbeitslosengeld und die Ausweitung von Bezugsdauer, Rahmenfrist und Anwartschaftszeit.

4. Altersarmut verhindern.

Wir fordern die Einführung einer Mindestrente, die Rückkehr zu einem Rentenniveau von 53 Prozent und die Streichung der Riester-Förderung.



Gute Pflege und Gesundheitsversorgung für alle

5. Pflege darf nicht arm machen.

Wir fordern eine solidarische Vollkaskoversicherung in der Pflege und Übergangsweise als Sofortmaßnahme die Deckelung des Eigenanteils der pflegebedingten Kosten bei 15 Prozent.

6. Bezahlte Auszeit für die Pflege.

Wir fordern eine bezahlte Auszeit für die Pflege von Angehörigen, Freund*innen oder Nachbar*innen nach dem Vorbild des Elterngeldes.

7. Gute Gesundheitsversorgung für alle.

Wir fordern eine soziale und solidarische Bürgerversicherung und gleichberechtigten Zugang zu Pflege und Gesundheitsversorgung für alle.



Kinder verdienen mehr

8. Kinder aus Armut befreien.

Wir fordern die Einführung einer existenzsichernden Kindergrundsicherung, damit kein Kind in Armut aufwachsen muss.

9. Alle Kinder fördern.

Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, der Bildung und Teilhabe für alle garantiert und sicherstellt, dass jedes Kind bestmöglich in seiner Entwicklung gefördert wird.

10. Ausbildung für alle.

Wir fordern mehr öffentlich über die Arbeitsagentur geförderte und mehr schulische Ausbildungsplätze, so dass alle Jugendlichen die Möglichkeit einer Ausbildung haben.



Menschenrechte kennen keine Herkunft

11. Individuelles Recht auf Asyl.

Wir fordern die Sicherstellung des individuellen Rechts auf Asyl in Europa und die sofortige Beendigung von Pushbacks.

12. Dezentrales Wohnen.

Wir fordern, dass Geflüchtete dezentral wohnen können und nicht länger als drei Monate in Massenunterkünften leben müssen.

13. Familiennachzug erleichtern.

Wir fordern, dass Geflüchtete und Migrant*innen deutlich mehr Rechte zum Nachholen ihrer Familie bekommen.

Barrieren abbauen, Diskriminierung bekämpfen

14. Barrierefreiheit überall.

Wir fordern, dass bestehende Barrieren in allen Lebensbereichen abgebaut werden und fehlende Vorkehrungen im Einzelfall im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sanktioniert werden.

15. Selbstbestimmung sichern.

Wir fordern die konsequente Umsetzung des Rechts auf unabhängige Lebensführung, darunter die Abschaffung des Mehrkostenvorbehalts.

16. Diskriminierung bekämpfen.

Wir fordern, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zum umfassenden Schutz vor Diskriminierung auszubauen.



Wohnen ist Menschenrecht

17. Mietpreise eindämmen.

Wir fordern eine wirksame Eindämmung von Mietpreisen, damit Menschen nicht aus ihrem sozialen Umfeld verdrängt werden.

18. Neue Wohngemeinnützigkeit.

Wir fordern die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit, weil das Grundrecht auf bezahlbares und gutes Wohnen nicht dem freien Markt überlassen werden darf.

19. Soziale Einrichtungen schützen.

Wir fordern die Begrenzung der zulässigen Gewerbetieten und die Stärkung des Kündigungsschutzes, um soziale Einrichtungen und die wohnortnahe Versorgung zu schützen.





Ökologische Wende sozial gestalten

20. Klimaschonendes Leben ermöglichen.

Wir fordern eine Klimaprämie für alle Bürger*innen aus den Einnahmen der CO₂-Bepreisung und Investitionen in die sozial-ökologische Infrastruktur, z. B. in Schienenverkehr und öffentlichen Personennahverkehr, damit allen Menschen ein umweltfreundliches und nachhaltiges Leben möglich wird.

Reichtum umverteilen, Soziales finanzieren

21. Reichtum stärker besteuern.

Wir fordern zur Finanzierung der sozialen Aufgaben die stärkere Heranziehung von Erbschaften, Vermögen und hohen Einkommen.



Impressum

Herausgeber:
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V.
Oranienburger Str. 13-14 | 10178 Berlin
Tel. 030 24636-0 | Fax 030 24636-110
E-Mail: info@paritaet.org
www.paritaet.org

Inhaltlich verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion: Jonas Pieper, Der Paritätische Gesamtverband

Gestaltung: Christine Maier, Der Paritätische Gesamtverband

Bilder: alle Zeichnungen – Philipp Meinert, Der Paritätische Gesamtverband

1. Auflage, Mai 2021